

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 1

Artikel: Moskauer Kongresse
Autor: Zienau, Oswald
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329938>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gramm die *Sachlichkeit* nicht absprechen können. Die darin enthaltenen Gedanken sind doch für Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit. Alles, woran sie mitarbeiten, für das sie sich programmatisch einsetzen, muß doch letzten Endes dem Endziele, dem *Sozialismus*, dienen. Wenn die Gewerkschaftsbewegung und die Genossenschaftsbewegung nicht von der sozialistischen Idee erfüllt sind, so verflachen sie und werden zu einer beliebigen Interessenorganisation ohne höhern Inhalt. Das ist unsere Meinung, seit Jahrzehnten. An ihr halten wir fest, in der Ueberzeugung, damit auf dem *rechten Wege* zu sein.

Moskauer Kongresse.

Von *Oswald Zienau*.

Moskau, Ende Juli.

Nach einer reichlich ausgedehnten Pause von vier Jahren tagte in Moskau der 6. Allweltliche Kongreß der Kommunistischen Internationale: rund 350 Teilnehmer aus 35 Staaten waren erschienen und nahmen in dem Saale Platz, wo kurz zuvor der Schachty-Prozeß beendet worden war. Neben den Russen Bucharin und Stalin saßen im Präsidium dieses kommunistischen Weltkongresses die Deutschen Klara Zetkin und Thälmann und der Franzose Cachin. Verhandlungsgegenstände waren außer einem Bericht, der die als «Stabilisierungsepoke des europäischen Kapitalismus» gekennzeichnete Zwischenzeit von 1924 bis 1928 behandelte, die angeblich drohenden Kriegsgefahren, die Revolutionierung der Kolonial- und Halbkolonialvölker und vor allem, als gegenwärtig wohl wichtigstes Problem des Kommunismus, die Lage der Parteien, wobei der Oppositionskampf in der K. P. d. S. U. im Vordergrunde stand. Ueber die Lage des Sowjetstaates selbst ist diesem Kongreß nur in gelegentlichen Zwischenbemerkungen des allgemeinen Berichts, wonach der den Sowjetstaat einschließende Kapitalismus der starke Hemmschuh jeglicher Entwicklung oder Festigung einer vereinzelten sozialistischen Staatswirtschaft ist, ein Bild, und zwar ein recht verschwommenes, gegeben worden.

Diesem kommunistischen Weltkongreß, der immer und immer wieder hinausgeschoben worden ist, fehlte der eigentliche propagandistische Hintergrund, ohne den die Tagungen solcher Organisationsgebilde uninteressant und so nur Angelegenheit der betreffenden veranstaltenden Organisation sind. Die Gegnerschaft zum internationalen Kapitalismus ist zu einer Alltäglichkeit und durch allzu häufigen Schlagwortgebrauch leeres Gerede geworden, was unter anderen Voraussetzungen ideologische Auseinandersetzung sein könnte. Auch wissen wir schon seit langem, daß sich der Staat gewordene Kommunismus

gelegentlich, und zwar nicht selten, kriegsbedroht fühlt und es als in seinem Interesse liegend ansieht, die Kriegsfanfaren nicht ruhen zu lassen. Und was die Revolutionierung der Kolonialvölker betrifft, so stehen die im Vergleich zum Aufwand der Mittel kläglichen Ergebnisse der inoffiziellen und offiziellen kommunistischen Bemühungen noch zu sehr im Vordergrunde weltpolitischer Unterhaltung, die fürs nächste irgendwelche ernsthafte Gefahren aus dieser Moskauer politischen Betätigung für völlig ausgeschlossen hält. Alle in allem genommen ist die weltpolitische Situation des Kommunismus nicht danach, als daß nach den verflossenen vier Jahren Befriedigung oder gar Hoffnungen auf baldige Zukunftsaussichten hätten aufkommen und die Stimmung des Kongresses beeinflussen können.

Allgemein wurde erwartet, daß die Berichterstattung über die Lage der Parteien zu einer Plattform für die endgültige Aussöhnung Stalin-Trotzki werden würde. Es steht fest, daß nichtrussische Kommunisten, die zur Führung der Komintern gehören, Versuche unternommen haben, die bestehenden Gegensätze soweit auszugleichen, daß Trotzki zurückkehren und in geeigneter Stellung Verwendung finden könnte. Aber irgendwelches Ergebnis haben diese Bemühungen doch nicht gehabt, und wie es heißt, sollen die Bedingungen Stalins den Bemühungen den Boden entzogen haben. Eine Frage ist dabei aber, ob Trotzki an sich einer Verständigung geneigter geworden ist. So fehlte denn auch diesem Verhandlungspunkt der große Anreiz, übrig blieben nur die Kenntnisnahmen von den Wiederaufnahmen anderer Oppositioneller, mit Sinowjew an der Spitze, und die betrübliche Tatsache, daß die Absplitterungen alle bedeutenderen Länderparteien erfaßt und die Positionen der Kommunistischen Parteien überall stark geschwächt haben.

Manifeste und Resolutionen verkündete auch dieser sechste Weltkongreß der Komintern und rief damit das internationale Proletariat zum Kampfe gegen den Faschismus auf, feiert den Sieg des chinesischen Arbeitervolkes über die Imperialisten und fordert von den Proletariern Europas, daß sie in einen verschärften Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer eingetreten und eine Einheitsfront des Proletariats schaffen mögen. Hinter diesen uns gut bekannten Phrasen verbirgt sich die Ohnmächtigkeit der kommunistischen Weltbewegung, die in Europa und selbst in dem nationalistisch aufgewühlten Asien trotz verschiedentlich ihr günstiger Bedingungen ihre Positionen aufgeben mußte. So günstig einmal dem Kommunismus die Zeitumstände gewesen sein mögen, so wenig hat er es verstanden, den aufhorchenden Proletariaten positive Erfolge zu geben; Moskau ist Negation gewesen und in allen seinen politischen Unternehmungen in Europa und Asien geblieben, was im denkfähigen Proletariat Europas erkannt und vom nationalistischen Asiatentum erfüllt worden ist. Diese Negation hat die kommu-

nistische Weltbewegung auf ihren heutigen toten Punkt gebracht, über den Manifeste und Resolutionen nicht hinweghelfen werden.

Weit interessanter zu verfolgen und von ganz anderer Bedeutung war aber eine ziemlich mit der Kominterntagung zusammenfallende Plenumtagung des Zentralkomitees der K. P. d. S. U. So wenig den Delegierten der Kommunistischen Internationale von der mißlichen Lage des Sowjetstaates und seiner Wirtschaft gesagt worden ist, so offen wurden diese heiklen Angelegenheiten im Zentralkomitee besprochen. Rykow und Stalin traten hier mit außerordentlich beachtlichen Reden über die weltpolitische und die innerwirtschaftliche Lage des Sowjetstaates hervor und schlugen selten gehörte Töne tiefster Erkenntnis an. Insbesondere der klug-vorsichtige Rykow wies auf den außerordentlichen Ernst der Wirtschaftslage hin und scheute sich nicht, zu dem katastrophalen Stand der Getreideversorgung offen Stellung zu nehmen. Was in den letzten Monaten durch offizielle oder statistisch verschleierte Beschwichtigungsmanöver zu verbergen versucht wurde, ist von Rykow nun offen eingestanden worden: eine noch nie gekannte Getreidekrise, die durch ihre bekannten äußereren Erscheinungen — wie Mehlnappheit und Brotrationierung — sogar in den ländlichen Bezirken und vereinzelt sogar in wichtigen Getreidelieferbezirken auffallend wahrnehmbar ist, hat Stadt und Land erfaßt und läßt die fatalsten Befürchtungen bezüglich des kommenden Winters aufkommen. Ist doch schon jetzt an Stelle des in Moskau verkauften weißen Brotes ein graues Brot getreten und haben zahlreiche Gemeinden zur Rationierung des Brotverkaufes übergehen müssen.

Man erinnere sich, daß vor nicht langer Zeit die Bauernpolitik der Partei eine außerordentlich scharfe Tendenz bekommen hatte; die Nationalisierung der gesamten Agrarwirtschaft war das erstrebte Ziel; in dem Großbauern, aber auch teilweise in dem mittelbegüterten Bauern wurden die Feinde einer verstaatlichten Wirtschaft, insbesonders des Staatshandels, gesehen. Zu schroffen Maßnahmen, wie sie bis dahin niemals angewandt worden sind, griff die Partei und glaubte, ihr Ziel, ein ablieferungsfreudigeres Bauerntum erziehen zu können, damit zu erreichen. Das Zentralkomitee der Partei hat nun aber beschlossen, alle außerordentlichen Maßregeln aufzuheben. Für den Augenblick ist dieser Beschuß noch nicht von Belang; aber mit Beginn der kommenden Getreidekampagne wird die Aufhebung des Getreidehandelsverbotes von ganz außerordentlicher Bedeutung. Weitere und den Kurs der augenblicklichen Bauernpolitik unterstreichende Maßnahmen sind die Heraufsetzung der staatlichen Ankaufspreise für alle Arten Getreide und Futtermittel, die Zurverfügungstellung von Industriewaren und die Einstellung aller gerichtlichen Verfolgungen aus Anlaß

von Getreidezurückhaltungen. Beibehalten wird von den seinerzeitigen Sondermaßnahmen nur die energische Bekämpfung der heimlichen Schnapsbrennerei.

Es dürfte verfrüht sein, den augenblicklichen Kurs der Bauernpolitik für eine prinzipielle Schwenkung an sich zu nehmen. Es gehört zur Politik des regierenden Bolschewismus, sich je nach der Situation einzurichten, was ja in hohem Maße die Wirtschaftunsicherheit, wenn man hier von andern Dingen absehen will, mit herbeigeführt hat. Jedenfalls ist die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die der Sowjetstaat durchmacht, eine der schwersten seit Jahren. Rykow hat mit seiner Rede über die Wirtschaftsschwierigkeiten nichts Neues gesagt: aus den Getreidekäufen und der Goldausfuhr spricht genügend deutlich, was die Glocke geschlagen hat, wenn man so sagen darf. Rykows Rede sollte nur die innere Situation klären, nichts weiter. Und die Tagung des Zentralkomitees der Partei legalisierte nur, hatte nur die Aufgabe, irgendwelcher Panikstimmung vorzuzeigen. So war die außerordentliche Bedeutung dieser Tagung gegenüber den Beratungen der Kommunistischen Internationale von selbst gegeben.

Rationalisierung im Sozialismus.

Von Dr. Hans Otto.

Anlässlich einer Polemik über die wirtschaftspolitischen Methoden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit* hat Frau Dr. El. G. in der «Neuen Zürcher Zeitung» versucht, unseren Nachweis, daß Kapitalismus Arbeitslosigkeit bedeute, durch die Parade abzuschwächen: «Sozialismus heiße nicht Krisenlosigkeit.» Dabei stellt Frau Dr. G. an uns einige Fragen über die Rationalisierung im Sozialismus, welche als charakteristisches Beispiel privatkapitalistischer Denkweise hier wiedergegeben werden sollen:

«Also rationalisieren wollen sie alle beide, die Sozialdemokratie wie der Kommunismus, in ihrem Zukunftsstaat. Aber wie? Mein Kritiker H. O. wird mir erlauben müssen, diese Frage zu stellen, gerade weil durch ihre Beantwortung implicite alle Vorwürfe gegen die spezifisch «kapitalistische» Rationalisierung, berechtigte wie unberechtigte (und letztere sind bei H. O. entschieden in der Mehrzahl), sich von selbst erledigen. Wir wollen konkret fragen: Im sozialistischen Zukunftsstaat erfindet der Ingenieur X. ein Verfahren, dank dem die Herstellung eines höchst wichtigen Massenproduktes mit einer 50 prozentigen Ersparnis an Arbeitskräften erfolgen könnte. Pflichtgemäß meldet er seine Erfindung beim obersten Industrierat an und dieser dekretiert (denn er will ja rationalisieren) die sofortige oder etappenweise Aufnahme des Verfahrens in allen Staatsfabriken, die das betreffende

* «N. Z. Z.» Nrn. 1151 und 1154; «Volksrecht» Nrn. 182/183; «N. Z. Z.» Nr. 1488.